

Zürichsee-Zeitung

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Bezirk Horgen

spelgatti
informatik

Der "All-in-One" IT-Partner für Ihr KMU.
IT-Infrastrukturen | Cloud-Services | Serviceverträge

Mac und PC.  

www.spelgatti.ch



Trotz Altlasten baden

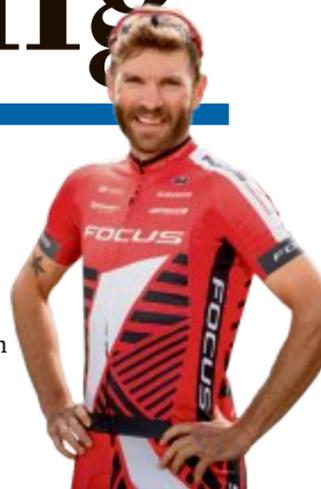
Noch in zwei Thalwiler Seeanlagen finden sich Altlasten. Baden kann man trotzdem. **SEITE 2**

Spatenstich für den Rechen

In Langnau weihte Regierungsrat Markus Kägi den Schwemmholzrechen ein. **SEITE 3**

Olympiaticket im Visier

Mountainbiker Florian Vogel aus Jona startet zuversichtlich in die neue Saison. **SEITE 29**



Regierung will vorerst kein Geld sprechen für den Seeuferweg

ZÜRICHSEE Die Regierung will nicht wie geplant ab 2017 Geld für Seeuferwege bereitstellen. Die Befürworter sind empört und drohen mit rechtlichen Schritten.

Es war ein Neustart für den Seeuferweg: Am 5. April teilte die Volkswirtschaftsdirektion mit, der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Zürisee für alli» sei in Kraft getreten. Damit einhergehend erhielt der Kanton den Auftrag, jährlich mindestens 6 Millionen für den Bau von Uferwegen bereitzustellen. Mindestens zwei Drittel davon sind für den Bau des Zürichsee-Uferwegs einzusetzen. Am Donnerstag nun sorgte der Regierungsrat mit einer Zwei-Satz-Stellungnahme für Erstaunen. Es sei nicht sinnvoll, für den Seeuferweg im konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) Geld einzuplanen, liess er in seinem Bericht verlauten. In Anbetracht der einschränkenden Vorgaben aus der Leistungsüberprüfung 2016 lehne er die Umsetzung der Seeuferweg-Erklärung zum KEF deshalb ab. Der Kantonsrat hatte deren Überweisung im Januar mit 109 zu 48 Stimmen zugestimmt. Gegen den Willen der Exekutive.

«Keine baureifen Projekte»

Es fragt sich: Was gilt nun? Will der Regierungsrat das Projekt Seeuferweg beerdigen? Selbst Erich Wenzinger, Leiter Kommunikation der Volkswirtschaftsdirektion, sprach auf Anfrage von einem Widerspruch. Ihn erklären konnte er am Donnerstag nachmittag nicht. Eine Antwort versprach er für den Freitagmittag. Darin steht nun Folgendes: «Für die Jahre 2017 bis 2019 liegen keine baureifen Uferweg-Projekte vor, weil während der politischen und juristischen Ver-



Zwischen Giessen und Seeplatz in Wädenswil soll ein Teil des Seeuferwegs entstehen. Doch ein konkretes Projekt existiert noch nicht.

Manuela Matt

fahren rund um die Umsetzung der Volksinitiative «Zürisee für alli» und deren Gegenvorschlag die Planungen ruhen. Daher macht es aus heutiger Sicht auch keinen Sinn, in dieser Periode Beiträge im KEF einzustellen.» Die Budgetvorgabe werde umgesetzt, sobald Projekte vorliegen.

Es handle sich um eine rollende Planung, präzisiert Wenzinger auf Nachfrage hin. «Sollten in ein bis zwei Jahren wider die heutigen Erwartungen baureife Projekte vorliegen, hat die Regierung immer noch die Möglichkeit, diese ins Budget aufzunehmen.» Die genannten Millionenbeträge seien hauptsächlich für den Bau von Uferwegabschnitten bestimmt, die Planung laufe über das ordentliche Budget.

Der Küssnachter SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein, ein

dezipierter Gegner des Seeuferwegs («eine Neidinitiative»), ist erleichtert. Er findet: «Der Regierungsrat hat sich etwas überlegt.» Gegenteiler Ansicht ist Julia Gerber Rüegg, ehemalige SP-Kantonsrätin und Präsidentin des Vereins «Ja zum Seeuferweg». Sie nennt das Vorgehen inakzeptabel. «Ich kann mir nicht vorstellen, das nirgends im Kanton Projekte in der Pipeline sind.» Ihr Fazit: «Der Regierungsrat will der Form Genüge tun, ist aber nicht gewillt, das Gesetz umzusetzen.»

Ähnlich äussert sich der Wädenswiler SP-Kantons- und Stadtrat Jonas Erni. «Die Strategie des Regierungsrats ist alles andere als logisch und nicht nachvollziehbar.» Die Regierung und der Kantonsrat seien verpflichtet, nach Inkraftsetzung des ge-

änderten Strassengesetzes das Geld ins Budget aufzunehmen.

Philipp Kutter, CVP-Kantonsrat und Stadtpräsident von Wädenswil, hat am Entscheid der Regierung nichts auszusetzen. Er nennt ihn grundsätzlich nachvollziehbar. «Mir ist noch kein ausgereiftes Seeuferweg-Projekt bekannt», sagt Kutter. Auch die Planung für das Teilstück zwischen dem Seeplatz Wädenswil und der Halbinsel Giessen sei nicht so weit fortgeschritten, dass der Entscheid der Regierung Einfluss darauf hätte. Kutter rechnet damit, dass das Projekt erst in rund drei Jahren spruchreif ist.

Ernis Ankündigung

Aus seiner Sicht wurde der Fehler in der Vergangenheit gemacht. Der Kanton habe damals auf-

grund der politischen Diskussionen und des ausstehenden Bundesgerichtsentscheids zum Seeuferweg die Planung von Wegabschnitten sistiert, statt sie parallel weiterzuverfolgen.

Ein juristisches Nachspiel könnte auch der neuste Entscheid haben. Jonas Erni sagt, er und andere Befürworter würden die Regierung und den Kantonsrat im Rahmen der Debatte zum Budget 2017 in die Pflicht nehmen. Falls sie die Millionen nicht wieder ins Budget aufnahmen, behalte man sich rechtliche Schritte vor. Erich Wenzinger, Leiter Kommunikation der Volkswirtschaftsdirektion, sagt dazu nach Absprache mit der Baudirektion genau so viel: «Nichts.» Es sei nicht ihre Aufgabe, die Risiken einer Klage zu beurteilen. **Nikolas Lüttjens SEITE 2**

Belastende Ungewissheit

SCHIFFSUNFALL Die vergangenen Tage seien emotional sehr belastend gewesen, sagt Roman Knecht, Direktor der Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft (ZSG), im Interview über den Schiffsunfall vom Mittwoch. Dies nicht zuletzt wegen der Ungewissheit darüber, wie es dazu kommen konnte. Bis erste Resultate bekannt werden, dürfte es noch eine Weile dauern. Derzeit ermitteln die Zürcher Kantonspolizei und die Schweizerische Unfalluntersuchungsstelle. Abseits vom Unfallhergang und von versicherungstechnischen Fragen steht der menschliche Aspekt im Zentrum. So hat der ZSG-Direktor die Schwerverletzten im Spital besucht und mit dem Kapitän gesprochen. **rli SEITE 7**

Uneinigkeit bei Asylrekursen

BERN Die Prognosen gehen meilenweit auseinander: Die SVP warnt vor einer «Beschwerdeflut», falls die Asylreform am 5. Juni angenommen wird. Konkret fürchtet die Partei, dass sich mehr Asylsuchende gegen negative Entscheide zur Wehr setzen, weil sie von Beginn weg einen Anwalt zur Seite haben. Befürworter der Vorlage drehen dieses Argument um: Gerade weil die Anwältinnen in Zukunft von Beginn weg an den Verfahren beteiligt werden sollen, werde die Häufigkeit der Rekurse sinken. **red SEITE 21**

Unklare Todesursache

ILLINOIS Bislang gibt es von offizieller Seite keine Angaben, woran der weltberühmte Musiker Prince gestorben ist. Nun behauptet aber die Promi-Website «TMZ», dass die Todesursache eine Überdosis gewesen sein könnte. Prince wurde gestern tot aufgefunden. **sda SEITE 32**

Obama rät von Brexit ab

LONDON Barack Obama spricht Klartext: Sie sollen weiterhin in der EU bleiben, rät der US-Präsident den Briten zum Auftakt seines London-Besuches. Doch vor den politischen Gesprächen – unter anderem mit Premier David Cameron – war er am Freitag erst einmal zum Lunch bei der Queen. «Lassen Sie mich das als Ihr Freund sagen: Die EU macht

Grossbritannien noch bedeuten», schrieb Obama in einem Gastbeitrag in der britischen Zeitung «The Daily Telegraph». Er hob darin die wirtschaftlichen Vorteile Grossbritanniens als EU-Mitglied hervor sowie die Bedeutung der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. EU-Gegner kritisierten die Äusserungen des US-Präsidenten. **sda SEITE 22**

Rekordverlust für VW

WOLFSBURG Der Abgasskandal wird richtig teuer für Volkswagen. Angesichts der immensen Kosten muss VW den grössten Verlust seiner Konzerngeschichte verkraften. 2015 lag das Ergebnis unterm Strich mit minus 1,6 Milliarden Euro massiv in den roten Zahlen. 2014 konnte VW noch einen Gewinn von knapp 11 Mil-

liarden Euro verbuchen. Für die Folgen des Dieselskandals muss der Konzern in seiner Bilanz für 2015 rund 16,2 Milliarden Euro zurückstellen. Dazu kommen jeweils 200 Millionen Euro für Umbauten in der Lastwagen- und PW-Sparte. VW hatte mit einer illegalen Software Abgastests bei Dieselfahrzeugen manipuliert.

Dabei ging es um Werte des gesundheitsschädlichen Stickoxids. Dies hatte den Konzern in eine schwere Krise gestürzt. Weltweit sind elf Millionen Fahrzeuge betroffen. VW drohen neben den hohen Rückstellungen noch immense Risiken wegen Strafzahlungen und Klagen in Milliardenhöhe. **sda SEITE 22**

WETTER

Heute 9°/12°
Trüb und immer wieder nass.

WETTER SEITE 31

